

Finanzielle Bildung darf kein Privileg sein

Antragssteller*in: Jusos Dortmund

Adressat*in: Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion, Unterbezirksvorstand,
zur Weiterleitung auf den Landes- und Bundesparteitag

Der Parteitag möge beschließen:

Auf Ebene der Unterbezirke wird sich seitens der SPD dafür eingesetzt, dass Themenabende zur finanziellen Bildung organisiert werden und die Förderung von finanzieller Bildung auf kommunaler Ebene aktiv vorangebracht werden soll. Ziel dieser Veranstaltungen soll es sein, neben der Vermittlung von Grundlagenwissen auch kritische Diskussionen über Vermögensverteilung, Finanzmärkte, soziale Sicherungssysteme sowie wirtschaftspolitische Gestaltungsmöglichkeiten zu ermöglichen und finanzielle Bildung als Teil politischer Bildung auf kommunaler Ebene zu stärken.

Finanzielle Bildung soll verbindlicher Bestandteil der schulischen Grundbildung werden und entsprechend in den Lehrplänen der Schulen verankert werden. Dabei soll finanzielle Bildung nicht nur wie von Neoliberalen gefordert Kenntnisse über persönliche Finanzentscheidungen vermitteln, sondern auch ökonomische Machtverhältnisse, Vermögensverteilung, Funktionsweisen von Finanzmärkten sowie die Bedeutung sozialer Sicherungssysteme kritisch thematisieren.

Der Bund soll eine unabhängige nationale Plattform für Finanzbildung und transparente Altersvorsorge schaffen, die niederschwellige Informationen und Bildungsangebote bereitstellt. Diese Plattform soll sowohl Wissen über persönliche Finanzentscheidungen vermitteln als auch kritische Perspektiven auf wirtschaftliche Strukturen, Vermögensungleichheit, Altersvorsorge und staatliche Sicherungssysteme ermöglichen.

Begründung:

Finanzielle Bildung darf kein Privileg sein. Wer aus einem Umfeld kommt, in dem niemand investiert oder über Geld spricht, hat strukturell schlechtere Chancen, Vermögen aufzubauen und fürs Alter vorzusorgen. Im internationalen Vergleich ist die Vermögensungleichheit in Deutschland hoch. Die reichsten 10 % der Haushalte besitzen etwa 60 % des gesamten

Nettovermögens, während die unteren 50 % über weniger als 2,5 % verfügen. Auch das Wissen über Geldanlage, Altersvorsorge und grundlegende wirtschaftliche Zusammenhänge ist in Deutschland ungleich verteilt und ist abhängig vom sozialen Umfeld. Viele Menschen haben den Zugang zu finanziellem Wissen nicht.

Aus sozialdemokratischer Perspektive darf finanzielle Bildung jedoch nicht als Ersatz für eine starke soziale Sicherung verstanden werden. Es bleibt ein zentrales politisches Ziel, dass gute Arbeit, faire Löhne und verlässliche Sozialversicherungen Menschen ein Leben in Sicherheit ermöglichen. Es ist ein Problem, wenn Arbeit und Versicherungsleistungen allein nicht mehr ausreichen, um im Alter ausreichend abgesichert zu sein.

Finanzielle Bildung darf deshalb nicht darauf reduziert werden, Menschen lediglich die Funktionsweise einzelner Finanzprodukte oder Anlagestrategien zu vermitteln. Sie muss auch ein kritisches Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge, Machtverhältnisse in der Wirtschaft, Vermögensverteilung, Risiken von Finanzmärkten sowie die Rolle staatlicher Regulierung und sozialer Sicherungssysteme vermitteln.

Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, wachsender Vermögensungleichheit und neuer Finanzangebote wie scheinbar unkomplizierter Konsumkredite wird deutlich, dass eine umfassende finanzielle Grundbildung zunehmend wichtiger wird.

Bildungsgerechtigkeit aus sozialdemokratischer Perspektive bedeutet daher auch, Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder ihrem Geschlecht in die Lage zu versetzen, wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen, informierte finanzielle Entscheidungen zu treffen und sich an gesellschaftlichen Debatten über wirtschaftspolitische Gestaltung zu beteiligen. Die finanzielle Bildung von Menschen verstehen wir als einen Baustein auf dem Weg zur sozialen Gerechtigkeit und gleichwertigen Lebenschancen.